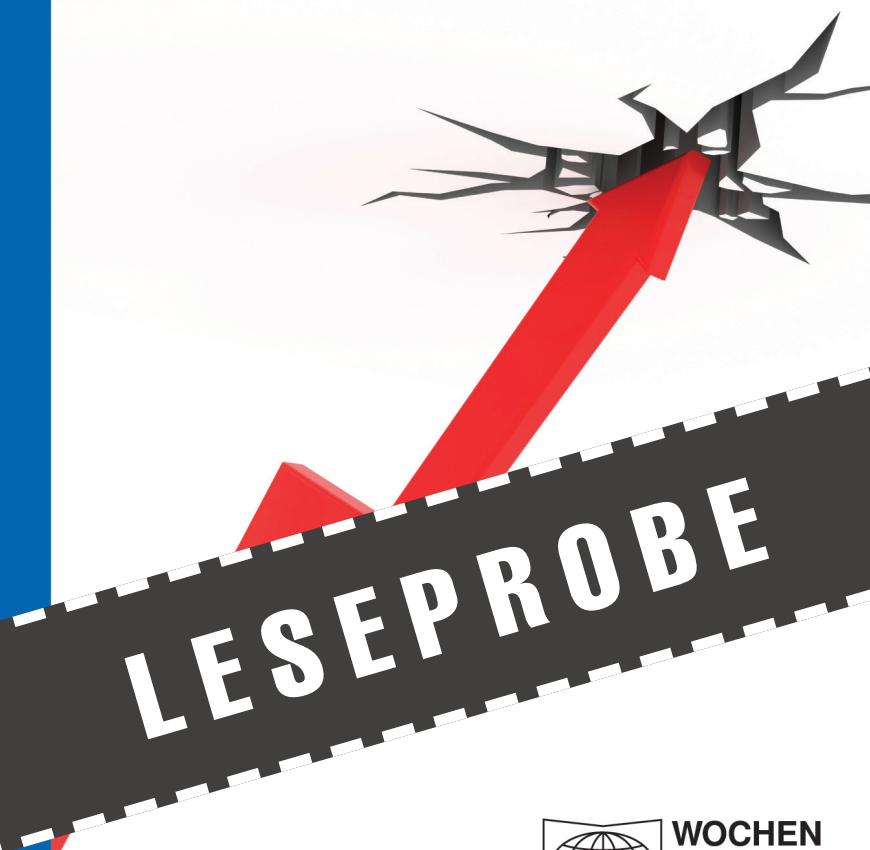


Kay Bourcarde, Karsten Herzmann

DIE SCHEINKRISE

Warum es uns besser geht als je zuvor und
wir dennoch das Gefühl haben zu scheitern



WOCHEN
SCHAU
VERLAG

Kay Bourcarde, Karsten Herzmann

Die Scheinkrise

Warum es uns besser geht als je zuvor
und wir dennoch das Gefühl haben zu scheitern



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

© Wochenschau Verlag, Frankfurt/M.

*Dieses Buch
will ich
haben!*

„Auf einen großen Schub, der mit dem vergleichbar wäre, was Verbrennungsmotor, Heiztechnik oder die Petrochemie seinerzeit ausgelöst haben, wartet die Welt aber bisher vergeblich. Die Wirtschaft in den Industrieländern hat ein Problem, dessen Folgen schon sichtbar und dessen Ursachen umstritten sind: Sie wächst nur noch langsam, in Amerika, in Europa, im technikverliebten Japan sowieso – und derzeit auch in den meisten Schwellenländern. Ökonomen stehen damit vor einem Widerspruch, vor dem derzeit größten Rätsel ihrer Wissenschaft.

Von der Lösung dieses Rätsels hängt die Zukunft der Industrieländer ab. Wirtschaftliches Wachstum löste stets alle möglichen gesellschaftlichen Probleme fast von allein, denn wo Wohlstand wächst, gibt es auch mehr zu verteilen. Wer hart arbeitet, so das Versprechen spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg, hat in der Zukunft mehr zum Leben, und dessen Kinder haben es besser. Es lohnte sich, zu sparen, denn das Ersparte wuchs mit der gesamten Wirtschaft. Das Vertrauen auf das Wachstum ermöglichte den Sozialstaat, effiziente Gesundheitsversorgung, staatliche Ausgaben, die höher waren als die Steuereinnahmen. Das war einmal.“

(Süddeutsche Zeitung 30.7.2016)

Inhalt

Prolog	9
1. Ruck-Reden	
Wie wir es schaffen, nie voranzukommen	12
2. Die Wachstums-DNA	
Nur besser ist gut	23
3. Wirtschaftswunder hoch zwei	
Wenn Ziele über ihren eigenen Kopf wachsen	33
4. Der exponentielle Irrtum	
Im Zweifelsfall gilt die Realität	42
5. Spiel ohne Joker	
Weshalb wir so nicht gewinnen können	55
6. Land der müden Helden	
Das endlose Ankämpfen gegen die Krise	93
7. Kollektive Gewissheit	
Wie ein Irrtum Karriere machte	113
8. Gute Karten	
Wie wir wirklich vorankommen	130
Anhang	
Zu den verwendeten Daten	140
Danksagung	143
Anmerkungen	144
Quellenverzeichnis	153
Die Autoren	167

Prolog

Um die Gestalt alter norwegischer Seekarten rankt sich eine interessante Legende. Wie in allen Karten dieser Art waren auch in ihnen Küstenlinien, Fahrrinnen und Untiefen eingezeichnet. Darüber hinaus aber fand sich am Rand eines jeden Kartenbildes ein ergänzender Hinweis: „Im Zweifelsfall gilt die Realität.“

Dieses Buch handelt von einem Irrtum, der schon alleine deshalb bemerkenswert ist, weil er der Realität zweifelsfrei zuwiderläuft und dennoch seit Langem fortbesteht. Zu einem echten Problem aber wird er, weil auf der Grundlage einer in diesem Sinne falsch gezeichneten ‚Karte‘ wichtige und für unser aller Leben folgenreiche Richtungsentscheidungen getroffen werden.

Aufgrund dieser Fehlannahme sind wir fest davon überzeugt, dass unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit kontinuierlich nachgelassen hat, unser Wachstum immer weiter an Kraft einbüßt und wir dringend gegensteuern müssen. Diese Einschätzung prägt unsere Gesellschaft schon seit Jahrzehnten: Wer heute vierzig Jahre oder jünger ist, hat nie eine längere Phase des stabilen ökonomischen Erfolgs erlebt. Stattdessen waren wir durch alle Konjunkturzyklen hinweg mehr oder weniger in einer Art Krisenmodus, der auch die Politik umfassend beeinflusst hat.

Mittels unzähliger Reformen haben wechselnde Regierungen versucht, unsere Wirtschaft zu stärken, und der Bevölkerung dabei oftmals Opfer abverlangt. Das Versprechen: Die teils tiefen Einschnitte werden sich auszahlen. Denn – so die Logik – mit einer stabilisierten Wirtschaft und höherem Wachstum können wir unsere Renten sichern, die Staatsverschuldung senken, die Langzeitarbeitslosigkeit reduzieren, den Sozialstaat finanzieren, Ungleichheit und Armut bekämpfen. Doch die Bilanz ist ernüchternd. Allen Einschnitten zum Trotz sind die

durchschnittlichen Wachstumsraten weiter gesunken. Viele Wahlversprechen konnten nicht eingelöst werden, ganze Bevölkerungsgruppen sind an den Rand gedrängt worden.

Über die Jahre und Jahrzehnte ist uns so unser ‚ökonomisches Urvertrauen‘ abhandengekommen: Es fehlt die grundlegende Überzeugung, dass wir als starke Volkswirtschaft und stabile Gesellschaft zunächst einmal davon ausgehen dürfen, Erfolg zu haben und unsere Herausforderungen bewältigen zu können. Diese tief sitzende Verunsicherung zeigt sich sogar in Zeiten der Hochkonjunktur. Denn selbst Wachstumsraten von gut zwei Prozent wirken dürrig, wenn man sie mit früheren Zuwächsen von drei, vier oder noch mehr Prozent vergleicht. Auch in einer boomenden Wirtschaft unterlässt die Politik daher alles, was das scheinbar ohnehin schon instabile ökonomische Gleichgewicht zusätzlich gefährden könnte.

Das Buch versteht sich nicht als weiterer Beitrag zur seit einigen Jahren wiederaufgeflamnten Wachstumskritik. Es geht also nicht um die Frage, ob weiteres Wachstum wünschenswert ist oder wie es ausgestaltet sein sollte. Vielmehr folgt es dem vermeintlich überflüssigen Ratschlag der norwegischen Seekarten, nicht aus dem Blick zu verlieren, was offensichtlich vor uns liegt. Die volkswirtschaftlichen Daten, die den Ausgangspunkt dieses Buches bilden, lassen sich leicht offiziellen Statistiken entnehmen und werden von niemandem bestritten. Doch das Bild, das sich aus ihnen ergibt, weicht in grundsätzlicher Weise von den nahezu übereinstimmenden Vorstellungen in Politik, Wissenschaft und Medien ab, wie die ökonomische Realität unter normalen Bedingungen aussehen sollte.

Die Logik dieses ‚exponentiellen Irrtums‘ legt scheinbar alternativlose politische Entscheidungen nahe, die oftmals ihre Ziele verfehlen und die unsere Gesellschaft immer weiter in die Spaltung treiben. Dies trägt dazu bei, dass das Vertrauen der Menschen in eine Politik sinkt, die parteiübergreifend nicht mehr in der Lage zu sein scheint, die drängendsten Probleme des Landes zu lösen. Und in der bangen Annahme, grundlegend

vom Kurs abgekommen zu sein, trauen wir uns nicht, den Blick von den vertrauten Karten zu heben, und legen diese auch unseren fortwährenden Korrekturversuchen zugrunde. Dadurch aber kommen wir dann erst recht gründlich vom Weg ab. Es ist also an der Zeit, sich neu zu orientieren. Am besten an der Realität.

4. Der exponentielle Irrtum

Im Zweifelsfall gilt die Realität

Schichtende in Bielefeld: Die Belegschaft der MKL Feuerfest GmbH hat in den vergangenen Stunden mehrere hundert Heizkörper mit Blechen ummantelt. Der Metallarbeiter Thorsten Böttcher verlässt die Werkshalle und steigt in seinen neuen 7er BMW. Als er den Schlüssel umdreht, hört er den satten Klang von rund vierhundert Pferdestärken. Während er vom Parkplatz rollt, winkt er einem Kollegen zu, der gerade einen Audi A6 aufschließt. Dann fährt er zu seiner Frau, die halbtags als Krankenschwester arbeitet und im 160 Quadratmeter großen Eigenheim der Familie bereits auf ihn wartet. Während des Abendessens mit den beiden Kindern diskutieren die Böttchers voller Vorfreude, ob es im anstehenden Herbsturlaub nach Hawaii oder einmal mehr nach Neuseeland gehen soll. Zugegeben: Die Szene wirkt etwas abwegig. Und doch könnte sie das Wohlstandsniveau des Jahres 2018 widerspiegeln – wenn denn die Wachstumserwartungen der 1970er Jahre eingetroffen wären.

Früher war heute besser

Das politische Ziel, unsere Wachstumsraten zu steigern und möglichst wieder auf ein früheres Niveau zu heben, wird meist eher allgemein formuliert. In einigen Fällen kommt es aber auf die konkrete Höhe des künftigen Wachstums an, und zwar insbesondere dann, wenn dies unmittelbare finanzielle Auswirkungen hat. So ist die Bundesregierung gesetzlich verpflichtet, jährlich den „Finanzplan des Bundes“ zu erstellen, in dem sie unter anderem die wirtschaftliche Entwicklung für die jeweils kommenden fünf Jahre projiziert. Die dort getroffenen Annahmen sind eine wichtige Grundlage, um einen verlässlichen Bundeshaushalt aufstellen zu können. Denn nur wenn eine Vorstellung davon existiert, wie sich die Wirtschaftskraft des Staates entwickelt, ist auch abschätzbar, wie hoch in etwa die Steuereinnah-

men oder die Sozialausgaben ausfallen werden. Schon geringfügige Abweichungen können hier Auswirkungen in Milliardenhöhe haben und unter Umständen einen zuvor langwierig ausgehandelten Haushalt über den Haufen werfen.

Da solche Finanzpläne bereits seit Jahrzehnten erstellt werden, zeigen sie in der Nachbetrachtung die Unterschiede zwischen Erwartung und Realität auf: In den 1970er und frühen 1980er Jahren ging die Bundesregierung bei den mittelfristigen Projektionen der Wirtschaftsentwicklung von jährlichen Zuwachsraten von etwa vier Prozent aus. Eine solche Wachstums-erwartung mag im Deutschland des Jahres 2018 sehr hoch erscheinen. Stünde heute ein ähnliches Wachstum in Aussicht, würde dies jede Regierung wahrscheinlich in Euphorie versetzen. Zum damaligen Zeitpunkt aber waren die Erwartungen von der wirtschaftlichen Entwicklung der 1950er und 1960er Jahre geprägt, die den Deutschen noch Traumwachstumsraten von acht Prozent und mehr beschert hatten. Angesichts der Gewöhnung an diese enormen Zuwächse erschienen daher zu Beginn der 1970er Jahre Annahmen, die ein künftiges Durchschnittswachstum von vier Prozent unterstellten, schon beinahe bescheiden. Trotzdem kam es anders. Die Wirklichkeit widerlegte die Wachstumsprojektionen immer wieder aufs Neue.

Am deutlichsten sichtbar wurde dies natürlich in Krisenjahren: Ölpreiskrise (1973 und 1979), Asienkrise (1997), Dotcom-Krise (2000), Finanzmarktkrise (2007), Staatsschuldenkrise (2009). Solche wirtschaftlichen Einbrüche hinterließen nicht nur ihre Spuren, sondern kamen auch mehr oder weniger überraschend. Dementsprechend werden sie meist als Unfälle des wirtschaftlichen Systems betrachtet, die zwar einzelne Jahresprojektionen über den Haufen werfen können, aber dennoch wenig über die grundsätzliche ‚Motorleistung‘ einer Volkswirtschaft aussagen. Dass Wachstumsprojektionen in solchen Ausnahmesituationen danebenliegen können, ist daher nicht verwunderlich. Bemerkenswert ist vielmehr, dass das Wachstum in Deutschland auch

in Phasen der normalen wirtschaftlichen Auslastung oder sogar während des Aufschwungs zumeist niedriger als erwartet ausgefallen ist.

Ein Vergleich mit den tatsächlichen Wachstumsraten verdeutlicht, dass die Bundesregierung das künftige Wachstum mit beeindruckender Regelmäßigkeit zu hoch ansetzte: Lässt man diejenigen Projektionen außen vor, die sich durch die nicht vorhersehbaren Effekte der Wiedervereinigung als überholt erwiesen oder die sich im zeitlichen Umfeld der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise bewegten, fiel das tatsächliche Wachstum in nur 6 von 31 Fällen in etwa wie erwartet und nur in zwei weiteren Fällen geringfügig höher aus. 23 Mal hingegen überschätzte die Regierung das Wachstum um wenigstens 0,5 Prozentpunkte, meist deutlich mehr.¹ Die Wachstumserwartungen der vergangenen vierzig Jahre waren also keineswegs nur in einzelnen Jahren überhöht, sie waren grundsätzlich zu optimistisch. Im Schnitt fiel das Wachstum jeweils ein Prozentpunkt niedriger aus als in der Projektion durch die Bundesregierung angesetzt – mit den entsprechenden Folgen für den Arbeitsmarkt, die Sozialsysteme und natürlich den Staatshaushalt.

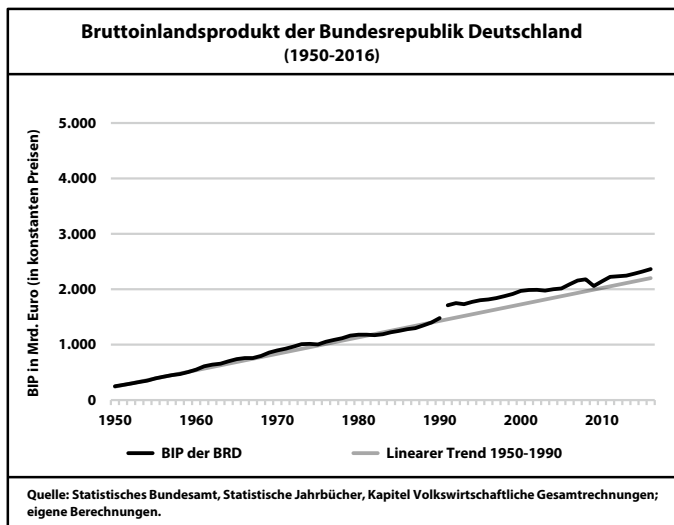
Wir sind also nicht ausnahmsweise, sondern regelmäßig hinter den Prognosen zurückgeblieben. Anknüpfend an das vorherige Kapitel stellt sich deshalb die Frage: Sind dies bereits Vorboten dafür, dass es uns künftig nicht mehr gelingen wird, auf unserem exponentiellen Wachstumspfad zu bleiben? Oder haben wir ihn vielleicht sogar bereits verlassen? Und wenn ja, seit wann?

Rückkehr auf den Wachstumspfad?

Wie wir im Vorkapitel gesehen haben, ist ein solcher exponentieller Wachstumspfad tatsächlich besonders anspruchsvoll. Folgen wir ihm, geht es nicht nur fortwährend bergauf, sondern der zu erklimmende Berg wird auch immer steiler und steiler. Zwar versichern uns der stellvertretend zitierte Wirtschaftsweisen-Berater und seine Kollegen in der Ökonomie, dass es sich „beim

Wirtschaftswachstum um einen exponentiellen Verlauf handelt“.² Doch leuchtet auch das Argument der Wachstumskritiker ein, wonach eine solche ökonomische Entwicklung irgendwann schwindeleerregende Höhen erreicht und sich dann selbst ad absurdum führt. Erledigt sich also der grundsätzlich exponentielle Trend irgendwann von ganz alleine, weil der Berg einfach so steil wird, dass wir nicht mehr wie gewohnt weiterkommen?

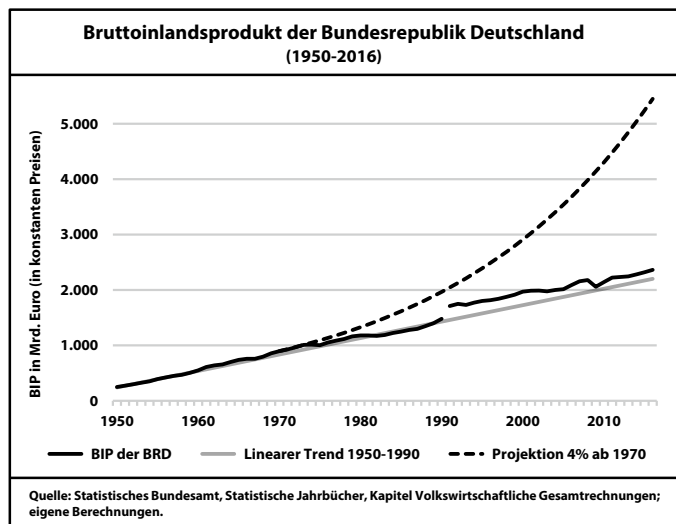
Am einfachsten zu überprüfen wäre diese These, falls wir unseren exponentiellen Wachstumspfad bereits verlassen haben sollten. Ob dem so ist, lässt sich leicht an der Entwicklung des deutschen BIP ablesen. Eine entsprechende Überprüfung können Sie direkt selbst vornehmen. Zur Erinnerung: Exponentielles Wachstum führt grafisch dargestellt zu einer immer steiler werdenden Kurve. Hätten wir unseren Wachstumspfad bereits eindeutig verlassen, müsste das BIP in seiner Entwicklung ab einem bestimmten Zeitpunkt gewissermaßen ‚aus der Kurve fliegen‘. Natürlich ist eine solche ‚visuelle Analyse‘ nicht sehr genau und es müsste deshalb schon erhebliche Abweichungen vom exponentiellen Trend geben, um dies im langfristigen Verlauf eindeutig erkennen zu können. Doch betrachten Sie einfach einmal die Entwicklung des BIPs der Bundesrepublik und überprüfen Sie die für exponentielles Wachstum so charakteristische Kurve auf mögliche Abweichungen hin (siehe Grafik auf folgender Seite).



Wenn Sie sich nun fragen, ob Sie etwas missverstanden oder einfach nicht genau hingeschaut haben, können wir Sie beruhigen: Das ist nicht der Fall. Wir haben Sie gebeten, nach möglichen Abweichungen von der exponentiellen Kurve Ausschau zu halten. Dafür allerdings müsste es eine solche natürlich überhaupt erst einmal geben. Doch auch wenn Sie sich sehr anstrengen – eine Kurve ist einfach nicht zu finden. Stattdessen zeigt sich eine Linie. Und damit wird Erstaunliches offenbar: Das exponentielle Wirtschaftswachstum, dessen Fortsetzung von den einen als unverzichtbar eingefordert und von den anderen als unverantwortlich angelehnt wird, gab es in der Bundesrepublik niemals. Stattdessen wuchs die deutsche Volkswirtschaft in jedem Jahrzehnt um einen weitgehend konstanten Betrag von real etwa 300 Milliarden Euro. Der absolute Zuwachs blieb also durchschnittlich gleich hoch, egal ob zu Wirtschaftswunderzeiten, in den 1980er Jahren oder im vergangenen Jahrzehnt. Der Wachstumspfad ist, trotz eines gewissen konjunkturellen Auf und Abs, beinahe schnurgerade. Dies bedeutet, dass das Wachstum in der

Bundesrepublik einen streng linearen Verlauf genommen hat – und zwar schon immer. Ein solcher linearer Trend führt jedoch zwangsläufig zu sinkenden Wachstumsraten. Denn je höher der Ausgangswert bereits ist, desto niedriger fallen bei gleichbleibenden absoluten Zuwächsen nun einmal die Prozentraten aus. In der Statistik wird dies auch als „Basiseffekt“ bezeichnet.

Wie sich das Bruttoinlandsprodukt entwickelt hätte, wenn das angenommene exponentielle Wachstum tatsächlich eingetreten wäre, zeigt die nachfolgende Grafik, die um eine Projektion ergänzt worden ist. In den 1970er Jahren ging man, wie dargestellt, noch von durchschnittlich erreichbaren Wachstumsraten von real rund vier Prozent aus. Diese Erwartung eines exponentiellen Wachstums weicht von der linearen Wirklichkeit im Laufe der Zeit immer stärker ab. Dabei ist die Abweichung zunächst nicht sehr groß, nimmt dann aber immer schneller zu. Unser heutiges BIP wäre daher bei einem exponentiellen Wachstum mit über fünf Billionen Euro mehr als doppelt so groß, wie es tatsächlich ist.



Aus ökologischer Perspektive mag es erfreulich sein, dass die deutsche Volkswirtschaft nicht exponentiell gewachsen ist. Doch dies ist nicht das Ergebnis eines bewussten Verzichts zugunsten der Umwelt gewesen. Im Gegenteil: Unser Ausgangspunkt war ja gerade, dass die sinkenden Wachstumsraten bis heute als Problem angesehen werden und daher viel daran gesetzt worden ist, die wirtschaftliche Dynamik ‚wiederherzustellen‘ und auf den scheinbar verlassenem exponentiellen Wachstumspfad zurückkehren.

Mehr Spucke in die Hände

„Wenn sich Opa am Sonntag auf sein Fahrrad schwingt und heimlich in die Fabrik eindringt, dann hat Oma Angst, dass er zusammenbricht, denn Opa macht heute wieder Sonderschicht. Ja, jetzt wird wieder in die Hände gespuckt, wir steigern das Bruttosozialprodukt ...“ – mit diesem Text sang sich die Band „Geier Sturzflug“ 1983 an die Spitze der deutschsprachigen Charts. Ironische Kernaussage des Stücks: Wenn wir uns nur ordentlich anstrengen, dann gibt es (wieder) Wachstum. Bezeichnenderweise war das Lied bereits in den 1970er Jahren entstanden. Den Nerv breiter Bevölkerungsschichten traf es jedoch offenbar erst, als das Versprechen als Teil der „geistig-moralischen“ Wende, die die neue Regierung Kohl einläutete, erneuert wurde. Denn laut Wahlprogramm wollte der Kanzler die „Weichen für Wirtschaftswachstum“ stellen, damit es „wieder aufwärts“ gehe. Davon unbeeindruckt sanken entlang des linearen Trends die durchschnittlichen Wachstumsraten bis heute weiter. Was aber läuft falsch in Deutschland? Gingen die schon von Helmut Kohl und im Nachgang von vielen weiteren Spitzenpolitikern geforderten Opfer nicht weit genug? Die hohen Wachstumsraten anderer Länder, auf die über die Jahrzehnte in der wirtschaftspolitischen Debatte immer wieder verwiesen worden ist, legen jedenfalls die Vermutung nahe, dass es sich bei dem linearen Wachstum um ein typisch deutsches Phänomen handelt. Strengen sich die Deutschen also tatsächlich einfach zu

wenig an und hatte beispielsweise der ehemalige Wirtschafts-
weise Horst Siebert recht, als er den Deutschen attestierte, sie
seien nicht „wachstumshungrig“³ genug?

Was echter „Wachstumshunger“ ist, kann die Bundesrepu-
blik von einem Land lernen, das Deutschland mittlerweile den
Titel des Exportweltmeisters abgenommen hat: China. Schon
seit Jahrzehnten steigt dort die Wirtschaftskraft scheinbar un-
aufhaltsam mit Raten von etwa sieben bis acht Prozent.⁴ China
wächst somit exponentiell. Spucken die Chinesen also einfach
etwas mehr in die Hände als die Deutschen? Die Antwort hie-
rauf ist weniger eindeutig, als es zunächst den Anschein haben
mag. Denn wie wir weiter oben bereits gesehen haben, kann der
bloße Blick auf die Raten leicht in die Irre führen. 7,5 Prozent
chinesisches Wachstum sind nicht unbedingt fünfmal besser als
1,5 Prozent deutsches. Da nämlich die deutsche Wirtschafts-
kraft pro Kopf gut fünfmal so hoch ist wie in China,⁵ haben in
diesem Beispiel jeder Deutsche und jeder Chineser die durch-
schnittliche eigene Leistung in gleichem Maß gesteigert. Das
Schwellenland würde genauso wie in unserem Beispiel Türkei
im Pro-Kopf-Vergleich also trotz der viel höheren Raten nicht
zum Hightech-Standort Deutschland aufholen.

Nimmt man die Leistungsfähigkeit pro Einwohner noch
aus einer anderen, nämlich der wirtschaftshistorischen Perspek-
tive in den Blick, dann wird deutlich, dass sich – rein rechner-
isch – Chinas Wirtschaftskraft im Jahre 2000 in etwa auf dem
Niveau befunden hat, das Deutschland vor dem Ersten Welt-
krieg erreicht hatte.⁶ Bis zu diesem Zeitpunkt aber war auch die
deutsche Wirtschaft noch exponentiell gewachsen. Ein Aufhol-
prozess wäre natürlich irgendwann unvermeidlich, wenn in
Deutschland das prozentuale Wachstum weiter rückläufig ist
und das chinesische konstant bleibt. Doch auch in China meh-
ren sich in den letzten Jahren die Anzeichen dafür, dass das
Land an der Schwelle dazu steht, seinen bislang exponentiellen
Wachstumspfad zu verlassen. Wie wir später noch sehen wer-
den, scheint exponentielles Wachstum für die Phase der Indus-

trialisierung typisch zu sein, um dann ab einem bestimmten Niveau in ein zwar starkes, aber dennoch nur lineares Wachstum überzugehen.

Betrachtet man daher die Wachstumstrends anderer entwickelter Volkswirtschaften, so bestätigt das Bild diese These. Typischerweise exponentielles Wachstum? Fehlanzeige: Linear wuchsen außer Deutschland auch Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, Japan, Kanada, die Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, die Schweiz und Spanien. Nur in Großbritannien, Australien und den USA stiegen zumindest die absoluten Zuwächse. Im Falle von Großbritannien könnte dies mit bereits in den 1950er und 1960er Jahren vergleichsweise niedrigen Wachstumsraten erklärt werden, in den beiden anderen Fällen dürfte dies weitgehend aus der Zunahme der Bevölkerung resultieren. Eine Wirtschaftsausweitung mit im Schnitt konstanten Raten hingegen gibt es in keiner hochentwickelten Volkswirtschaft weltweit.⁷

Der eigentliche Normalfall

Die Situation ist schon bemerkenswert: Da lehrt die Ökonomik es bis heute als eine Selbstverständlichkeit, dass sich Volkswirtschaften typischerweise exponentiell entwickeln. Da gilt – zumindest implizit – Wachstum um konstante Raten in der Politik als der Normalfall schlechthin, der anzustreben und auch zu erreichen ist, wenn nur die geeigneten Rahmenbedingungen geschaffen werden. Da warnt die Wachstumskritik unter Verweis auf die ökologischen Grenzen seit vierzig Jahren vor einer Fortsetzung eben dieses exponentiellen Pfades. Und doch ist die Realität eine völlig andere: lineare Trends, wohin das Auge blickt.

Diese grundlegende Abweichung von Theorie und Realität ist weit mehr als ein Kuriosum, denn sie hat weitreichende Folgen für unser Denken und Handeln. Die Definition des ökonomischen Normalfalls bestimmt nämlich nicht nur maßgeblich, wie wir unsere wirtschaftliche Lage beurteilen, sondern führt in der logischen Konsequenz auch zur immer gleichen Schlussfol-

gerung, wie wir auf die sinkenden Wachstumsraten reagieren sollten: Solange exponentielles Wachstum als der theoretische Normalfall gilt, sind Abweichungen von diesem Normalfall etwas Erklärungsbedürftiges. Es muss Gründe dafür geben, warum die Wachstumsraten sinken – sei es, weil die Rahmenbedingungen im Land nicht stimmen, die Weltwirtschaft ungünstige Voraussetzungen bietet oder eben weil wir uns einfach nicht genug anstrengen, nicht „wachstumshungrig“ genug sind. Und weil Wachstum von derart zentraler Bedeutung ist, gilt es, diese Gründe unbedingt zu beseitigen, auch wenn es weh tut.

Völlig anders sieht es aus, wenn die Wachstumsraten nicht sinken, weil wir den „Normalfall exponentielles Wachstum“ verfehlen, sondern umgekehrt, weil der „Normalfall lineares Wachstum“ nun einmal rein rechnerisch zu sinkenden Raten führt. Eine Wachstumskrise läge dann nur vor, wenn die Raten stärker sinken, als sich dies alleine durch den Basiseffekt erklären ließe. Tun sie das in Deutschland? Übersetzt man den stabilen linearen Trend von etwa 300 Mrd. Euro Wachstum pro Jahrzehnt in die Höhe der Wachstumsraten, so bedeutet dies: Was 8 Prozent in den 1950er und gut 3 Prozent in den 1970er Jahren waren, entsprach im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends noch einem erwartbaren Wachstum von rund 1,5 Prozent. Das tatsächliche Durchschnittswachstum der Jahre 2000 bis 2008 (vor der internationalen Wirtschaftskrise) betrug 1,47 Prozent und lag damit exakt im langfristigen Trend. Unsere Wachstumsraten sinken also keineswegs ‚wild‘, sondern schon seit sechs Jahrzehnten so, dass dies dem stetigen linearen Wachstum entspricht.

In unserem Land geschieht dies noch dazu mit erstaunlicher – gewissermaßen ‚deutscher‘ – Präzision. Horst Afheld, den man als Entdecker des linearen Wachstumstrends bezeichnen kann, hat dies anhand eines eindrucksvollen Beispiels gezeigt: Würde man die Entwicklung, die das BIP zwischen den Jahren 1950 und 1960 genommen hat, einfach nur mit dem Lineal verlängern, so landet man drei Jahrzehnte später fast punktgenau bei der tatsächlichen Höhe des deutschen BIPs vor der Wieder-

vereinigung.⁸ Ironisch überspitzt ließe sich sagen, dass eine derart präzise ‚Langzeit-Wirtschaftsprognose‘ bislang noch keinem Forschungsinstitut gelungen ist. Doch auch die linearen Trends der anderen oben genannten Volkswirtschaften sind erstaunlich eindeutig und stabil. Wie man es daher auch dreht und wendet: Lineares Wachstum ist weltweit seit Jahrzehnten der eigentliche Normalfall und die dementsprechend sinkenden Wachstumsraten eine mathematische Zwangsläufigkeit.

Nun ließe sich natürlich argumentieren, dass exponentielles Wachstum trotz allem eigentlich möglich wäre, wenn es denn keine Wachstumshemmnisse gäbe. Die Argumentation liefe dann darauf hinaus, dass konstante Raten eben doch der theoretische Normalfall sind und die große Mehrheit der linear wachsenden Volkswirtschaften lediglich an wie auch immer garteten strukturellen Mängeln scheitert. Die Volkswirtschaftslehre bietet beispielsweise mit Theorien zu Sättigungstendenzen, sinkender Grenzproduktivität oder der demografischen Entwicklung diverse Erklärungsansätze für ein sich langfristig abschwächendes Wachstum an. Der Umstand, dass sich die sinkenden Wachstumsraten in Form eines stabilen linearen Trends darstellen, wäre dann nichts weiter als ein (wenn auch sehr bemerkenswerter) Zufall.

Allerdings erinnert dies ein wenig an das Klischee vom verkopften Wissenschaftler, der sich darüber beklagt, dass sich die Realität einfach nicht seinen Theorien beugen will. Denn ob Wirtschaftswachstum nun ‚eigentlich‘ exponentiell sein müsste und die sinkenden Raten damit erklärungsbedürftig sind oder ob es typischerweise linear verläuft und es damit schlicht nichts zu erklären gibt – dies mag zwar eine spannende Frage sein, in jedem Fall aber ist sie weitgehend akademischer Natur. Wenn nämlich empirisch zweifelsfrei feststellbar ist, dass moderne Volkswirtschaften über lange Zeit hinweg bis heute und trotz teils höchst unterschiedlicher wirtschaftspolitischer Ansätze typischerweise ein lineares Wachstum aufweisen, so sollte dies vernünftigerweise, wenn schon nicht als der theoretische, so

doch zumindest als der praktisch erwartbare Normalfall begriffen werden. Oder, um auf die norwegischen Seekarten aus unserer Einleitung zurückzukommen: Im Zweifelsfall gilt nun einmal die Realität.

Aufatmen?

Akzeptiert man den linearen Trend als den tatsächlichen Normalfall, so hat dies eine logische Folge, die unsere bisherige Perspektive schlagartig und in grundlegender Weise verändert: Unser Wachstum sinkt überhaupt nicht! Absolut betrachtet ist es heute noch genauso hoch wie vor dreißig, vierzig oder fünfzig Jahren. Dieser stabile Wachstumstrend bleibt nur deshalb unbeachtet, weil er bislang durch eine für die Beschreibung der linearen Realität ungeeignete Maßeinheit abgebildet wird. Welche konkreten Konsequenzen aber hat dieser exponentielle Irrtum? Zunächst einmal ergibt sich daraus eine eigentlich beruhigende Botschaft: Wir verfehlen unsere Wachstumsziele nicht etwa deshalb ein ums andere Mal, weil wir etwas falsch machen oder uns nicht genug anstrengen. Um unsere Volkswirtschaft ist es auch nicht wirklich schlecht bestellt. Nein, der Grund, warum wir wieder und wieder hinter unseren Erwartungen zurückbleiben, ist schlichter, dass unsere Wachstumserwartungen auf einer Fehlannahme beruhen.

Diese Fehlannahme wiederum ist deshalb so fundamental, weil sie sich nicht einfach nur auf die Höhe des Wachstums in einzelnen Jahren bezieht. Sie bezieht sich vielmehr darauf, welcher Natur die Dynamik ist, mit der Volkswirtschaften typischerweise wachsen. Deswegen erkennen wir nicht, dass wir unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit heute noch in dem gleichen Tempo steigern wie in allen anderen Jahrzehnten zuvor. Deutschland hat seinen Wachstumspfad nicht verlassen, nur ist der eben linear und nicht exponentiell – so wie in den anderen entwickelten Volkswirtschaften auch. Von dem „Ende der goldene[n] Zeiten des ‚Immer mehr‘“⁹ oder einem weltweiten „Zeitalter der Verlangsamung“,¹⁰ über das in unterschiedlich-

ter Form geklagt wird, kann keine Rede sein. Und das wiederum bedeutet, dass wir uns entscheiden müssen. Denn wahlweise relativiert die stetige Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft alte Mythen oder aber schafft neue: Entweder es hat niemals ein Wirtschaftswunder gegeben oder aber es gibt auch heute noch eines, praktisch jedes Jahr.

Die Tragödie sinkender Wachstumsraten, die in Deutschland und anderen Ländern seit nunmehr vier Jahrzehnten auf dem Spielplan von Politik, Medien und Wissenschaft steht, scheint sich somit in Luft aufzulösen. Allerdings währt die Freude über diese Erkenntnis nur kurz. Die Probleme fangen nämlich erst an: Über die Jahrzehnte hinweg wurden immer neue vermeintliche Wachstumsbremsen identifiziert, die das Absinken der Wachstumsraten zu erklären vermochten. Die unaufhörlichen Versuche, diese Wachstumsbremsen lösen zu wollen, und insbesondere das unvermeidliche Scheitern daran, kommen uns teuer zu stehen. Sie bescheren uns – wie wir im folgenden Kapitel sehen werden – ein wahres ‚Krisen-Abo‘.

WISSENSCHAFT
FÜR DIE PRAXIS

POLITIKUM

ANALYSEN | KONTROVERSEN | BILDUNG

Heft 3 | 2018

SMART DEMOCRACY

Digitalisierung: Chance oder
Gefahr für die Demokratie?

Der Einfluss von Google,
Facebook und Co.

Wie verändern sich
Geschlechterverhältnisse?

Ethik der Digitalisierung

Wie gefährlich sind Fake
News und Social Bots?

Demokratiebildung
im Netz: Influencer-
Kampagne



NEU
jetzt gratis
testen

Zeitschrift | 4. Jahrgang | Herbst 2018

Im aktuellen Heft: Wie verändert das Internet die politische Kommunikation? Und wie groß ist der Einfluss von Google, Facebook und Co. auf die politische Meinungs- und Willensbildung wirklich?

Weitere Themen: Geschlechterverhältnisse im Wandel | Ethik der Digitalisierung | Fake News und Social Bots | Demokratiebildung im Netz

FORDERN SIE JETZT IHR GRATIS-PROBEHEFT AN
WWW.POLITIKUM.ORG

5. Spiel ohne Joker

Weshalb wir so nicht gewinnen können

Seit Jahrzehnten streiten Astronomen mit Hingabe darüber, ob die Erde dereinst von der Sonne verschlungen werden wird. Doch selbst Menschen mit ausgeprägten Zukunftsängsten dürften den jüngsten Berechnungen eines deutsch-britischen Forscherteams relativ gelassen gegenüberstehen, die besagen, dass dieser Tag tatsächlich kommen wird – und zwar in 7,59 Milliarden Jahren.¹ Ein solcher Streit kann getrost als akademisch bezeichnet werden, denn für das Leben der meisten Menschen spielt er schlicht keine Rolle. Könnte die Antwort auf die Frage, ob sich die deutsche Wirtschaft nun auf lange Sicht exponentiell, also mit gleich großen relativen Zuwächsen, oder eben ‚nur‘ linear, also mit gleich großen absoluten Zuwächsen, entwickelt, vielleicht ähnlich folgenlos sein? Oder andersherum gefragt: Hat der exponentielle Irrtum überhaupt eine nennenswerte Bedeutung für unseren Alltag? Die Erkenntnis der Vorkapitel, dass wir unser Denken und Handeln am exponentiellen Wachstum als vermeintlichen Normalfall orientieren, deutet bereits in diese Richtung. Die Frage ist allerdings, ob dies auch Auswirkungen auf konkrete politische Themen hat. Die Antwort darauf lautet: Ja. Und in welchem Ausmaß dies zutrifft, ist fast genauso überraschend wie der exponentielle Irrtum selbst.

An dieser Stelle möchten wir Sie ein wenig vorwarnen, denn wir bieten in diesem Kapitel nicht nur etwas an, sondern müssen Ihnen auch ein wenig Durchhaltevermögen abverlangen: Anbieten können wir eine ungewohnte Perspektive auf einige der grundlegenden Herausforderungen, vor denen wir heute stehen. Gemeinsam mit Ihnen möchten wir der Frage nachgehen, was es für die Absicherung im Alter, für Staatsverschuldung, Arbeitslosigkeit, Finanzierung des Sozialstaats und die Verteilung unseres Wohlstands bedeutet, von einer grundsätz-

lich exponentiellen Wirtschaftsentwicklung auszugehen. Da der exponentielle Irrtum allerdings bislang kaum bekannt ist und entsprechend wenig berücksichtigt wird, konnten wir dabei nur teilweise an wissenschaftliche Vorarbeiten anknüpfen. Die nachfolgenden Überlegungen sollen daher – gerade weil sie lediglich erste Schritte sind – zum Weiterdenken einladen. An Ihr Durchhaltevermögen appellieren wir dabei, weil für eine seriöse Darstellung etwas mehr ins Detail gegangen werden muss.

Wir sind davon überzeugt, dass es sinnvoll ist, einige der bisherigen politischen und wissenschaftlichen Diskussionen um diese weitere Perspektive zu ergänzen. Sollten Sie allerdings gerade so sehr im Lesefluss sein, dass Sie die hier vertiefter behandelten Einzelfragen (zunächst) ausblenden und sich lieber dem Panoramabild der Folgen des exponentiellen Irrtums zuwenden möchten, können Sie auch direkt ins nächste Kapitel 6 springen.

Mutti irrt sich

„Kind, denk an deine Zukunft!“ – mit diesem Slogan warb die Sparkasse in den vergangenen Jahren für die private Altersvorsorge. In Werbespots wurden bedauernswerte junge Menschen von ihren Müttern – meist vor versammelter Mannschaft – dazu aufgefordert, endlich an ihre Altersvorsorge zu denken. Der Grund: Aufgrund der diversen Rentenreformen wird das Niveau der gesetzlichen Rentenversicherung bis zum Jahr 2030 deutlich absinken. Die sich infolgedessen auftuende „Rentenlücke“ soll durch eine staatlich geförderte Privatvorsorge ausgeglichen werden. Doch das bisherige Werben der Bundesregierung hat nicht im erhofften Maße gefruchtet: Der Verbreitungsgrad der sogenannten Riester-Rente lässt nach wie vor sehr zu wünschen übrig, weniger als ein Fünftel der Berechtigten reizt die staatliche Förderung aus, mehr als die Hälfte riestert überhaupt nicht.² Also wurde, so offenbar der Gedanke der Sparkasse, als gewissermaßen letztes Mittel die mütterliche Autorität bemüht. Die Mahnung lautet: Schaut nicht nur darauf, was ihr heute an Geld habt, sondern sichert auch eure Zukunft ab! Und genau

diese finanzielle Sicherheit im Alter soll die private Altersvorsorge bieten.

Wie steht es mit Ihnen? Sind Sie Ihrer Pflicht gegenüber Ihrem „Ich von morgen“ nachgekommen und haben einen Riester-Vertrag abgeschlossen? Vielleicht lässt Sie dies sogar von einem schönen Rentnerurlaub auf den Malediven träumen? Auch wenn Ihnen diese Zukunft nach einem arbeitsreichen Erwerbsleben natürlich gegönnt sei, lassen Sie uns doch noch einmal nachrechnen, welches zusätzliche Einkommen Sie tatsächlich erwartet. Dazu werfen wir zunächst einen kurzen Blick auf die Funktionsweise einer kapitalgedeckten Privatvorsorge. Diese unterscheidet sich grundlegend von der gesetzlichen Rente. Während die Rentenversicherung nach dem Prinzip ‚von der Hand in den Mund‘ funktioniert und die Beitragszahlungen der Arbeitnehmer direkt an die Rentner weiterreicht, legen die Versicherungsunternehmen die eingezahlten Prämien ihrer Kunden am Kapitalmarkt an. Die typischerweise sehr langen Laufzeiten über mehrere Jahrzehnte sind dabei von großem Vorteil. Der Kerngedanke nämlich ist, dass es durch den Zinseszinsseffekt zu einer exponentiellen Steigerung des angelegten Vermögens kommt. Die Bundesregierung ging bei der Einführung der Riester-Rente von einer im Schnitt konstanten jährlichen Verzinsung der eingezahlten Prämien von vier Prozent aus. Die eindrucksvollen Ergebnisse einer solchen exponentiellen Entwicklung verdeutlichte sie über Jahre hinweg auf ihrer Internetseite anhand des folgenden, sogar von einer Verzinsung von sechs Prozent ausgehenden Beispiels: „Um im Alter von 65 Jahren über ein Kapital von 100.000 Euro zu verfügen, muss ein heute 45-Jähriger bei einer durchschnittlichen Jahresrendite von sechs Prozent monatlich 219 Euro sparen, ein 55-Jähriger sogar 613 Euro. Wer dagegen im Alter von 35 Jahren mit der Vorsorge beginnt, muss monatlich nur 102 Euro beiseitelegen. Dabei hat er selbst lediglich 36.720 Euro eingezahlt. Den Rest besorgt der Zinseszins-Effekt.“³

Aus knapp 37.000 Euro werden gleichsam von alleine 100.000 Euro – dies ist der besondere Charme des exponentiellen

len Wachstums. Doch Geld vermehrt sich natürlich nicht von alleine. Es vermehrt sich nur, wenn es gewinnbringend in reale Werte angelegt wird. Zumindest bei sehr langen Zeiträumen von dreißig oder vierzig Jahren ist ein solcher Zinseszinsseffekt daher nur auf der Basis einer im Grundsatz ebenfalls exponentiell wachsenden Realwirtschaft denkbar. Andernfalls müssten die in der Finanzwirtschaft gehandelten Produkte in ihrem Wert irgendwann aufgebläht und entsprechend instabil werden. Zwar gibt es immer Unternehmen, die besonders erfolgreich sind. Wer beispielsweise Mitte der 1990er Jahre seine 37.000 Euro in Microsoft-Aktien angelegt hätte, hätte auch schon nach ein paar Jahren gut versorgt in Rente gehen können. Doch normalerweise gilt das Gleiche wie beim Lotto: Im Zweifelsfall gehört die eigene Geldanlage nicht zufällig zu den wenigen Top-Gewinnern. Deshalb kommt es für unsere Überlegungen auch nicht auf die glücklichen Einzelfälle, sondern auf die durchschnittlich erwartbare Entwicklung an. Und die ist nun einmal: linear.

Was heißt das nun für Ihren Riester-Vertrag? Falls Sie einen zur Hand haben, können Sie ja einmal einen Blick hineinwerfen. Sie werden dort mehrere Modellbeispiele finden, die Ihnen aufzeigen sollen, mit welcher monatlichen Rentenzahlung Sie rechnen dürfen. Sämtliche Rechnungen gehen dabei von einem bestimmten gleichbleibenden Prozentsatz der Verzinsung aus. Das Problem dabei ist nun weniger, ob die konkrete Höhe der im Einzelnen unterstellten Zinssätze realistisch ist. Das Problem ist vielmehr, dass überhaupt von einer über viele Jahrzehnte hinweg konstanten Verzinsung und damit von exponentiellem Wachstum des Vermögens ausgegangen wird. Wenn nämlich die Realwirtschaft typischerweise linear wächst, muss auch das Zinsniveau langfristig dem Trend zurückgehender Wachstumsraten folgen. Genau dies geschieht, und zwar bereits seit über dreißig Jahren. Wenngleich dabei die Zinsen den sinkenden Wachstumsraten nur zeitversetzt folgen (wir werden später noch sehen, welche Konsequenzen dieser ‚time lag‘ hat),

ändert das nichts daran, dass sie tendenziell sinken – in Deutschland genauso wie im übrigen Euroraum oder in den USA.

Mit dem linearen Wachstumstrend und dem sinkenden Zinsniveau vor Augen kann auch die nächste Feststellung nicht mehr überraschen: Die von der Bundesregierung unterstellte Verzinzung der Riester-Produkte hat sich als deutlich zu optimistisch erwiesen. Die Fehleinschätzung lässt sich daran ablesen, dass in den vergangenen fünfzehn Jahren der Garantiezins, also die verbürgte Rendite für neu abgeschlossene Riester-Verträge, stetig gesunken ist – und zwar von 3,25 auf mittlerweile 0,9 Prozent.⁴ Für sich genommen ist eine solche Absenkung durchaus sinnvoll. Damit nämlich soll verhindert werden, dass sich die Versicherer im Wettbewerb um neue Kunden mit übermäßig optimistischen Renditezusagen derart überbieten, dass sie am Ende ihre Verpflichtungen nicht mehr einhalten können. Doch je niedriger der Garantiezins ist, desto ungewisser wird auch, ob die Privatrente tatsächlich einmal so hoch ausfallen wird wie erhofft. Denn die Differenz zwischen sinkendem Garantiezins auf der einen Seite und der von der Bundesregierung anvisierten konstanten Rendite auf der anderen Seite wird immer größer. Ob diese Lücke noch geschlossen werden kann, hängt damit immer stärker davon ab, ob der Riester-Anbieter überdurchschnittlich erfolgreich auf dem Kapitalmarkt spekuliert.

In den letzten vier Jahren wurde viel über die derzeit niedrigen Zinsen diskutiert und über die Folgen für Sparer und Privatrenten geklagt. Dabei wird jedoch häufig darauf hingewiesen, dass die „gegenwärtige Niedrigzinsphase eine Momentaufnahme“ sei, die bei langen Laufzeiten von dreißig oder vierzig Jahren nur wenig ins Gewicht falle.⁵ Der entscheidende Punkt aber ist, dass von einer Niedrigzinsphase keine Rede sein kann: Die Zinsen sind – von kurzfristigen Schwankungen einmal abgesehen – deswegen auf lange Sicht gesunken, weil die Realwirtschaft eine konstant hohe Verzinzung nicht hergibt. Und so wenig wie das Wirtschaftswachstum „derzeit“ besonders niedrig

ist, sondern vielmehr ziemlich genau dem langfristigen linearen Trend entspricht, ist auch nicht das durchschnittliche Zinsniveau der vergangenen zehn bis fünfzehn Jahre besonders niedrig. Zwar ist richtig, dass die Zinsen infolge der internationalen Finanzkrise und der damit verbundenen Niedrigzinspolitik der Zentralbanken ein aktuell noch einmal besonders tiefes Niveau erreicht haben. Doch selbst wenn die Leitzinsen wieder angehoben werden oder US-Präsident Trump seine angekündigten Konjunkturprogramme wahrmacht, wären die Zinsen zwar etwas höher, würden aber wahrscheinlich nur ihr bereits niedriges Vorkrisen-Niveau erreichen und dann dem langfristig rückläufigen Trend weiter folgen.

Die höheren Zinsen der Vergangenheit taugen also nicht als Hoffnungsträger für die Zukunft – auch wenn Ihnen Ihr Anlageberater erzählt haben mag, dass sich Anlagen am Kapitalmarkt „in den vergangenen Jahrzehnten im Schnitt“ immer um mindestens drei oder vier Prozent verzinst haben. Setzt sich der Trend der vergangenen vier Jahrzehnte fort, werden die Zinsen weiter sinken. In naher Zukunft werden Sie dann vielleicht wehmütig an das Jahr 2018 denken, als Sie noch Bausparverträge mit einer Verzinsung von zwei Prozent abschließen und so wenigstens die Inflation ausgleichen konnten.

Doch zurück zum ursprünglichen Vorhaben, noch einmal nachzurechnen: Wir wissen nun, dass alle Modellrechnungen, die von einer über Jahrzehnte hinweg konstanten Verzinsung ausgehen, im Widerspruch stehen zum linearen Wachstumstrend der Realwirtschaft. Was aber kommt dabei heraus, wenn man statt einer exponentiellen Vermehrung des Geldes einen nur linearen Trend zugrunde legt? Natürlich ist auch ein solcher linearer Trend lediglich eine Annahme. Anders als sein exponentielles Pendant stimmt er aber mit den Erfahrungswerten der vergangenen Jahrzehnte überein. Das Ergebnis einer solchen Beispielberechnung mit einem entsprechend dem linearen Trend stetig fallenden Zinsniveau lautet: Anstatt der in Aussicht gestellten 100.000 werden es am Ende nur knapp 65.000

Euro sein. Der Zinszuwachs reduziert sich von rund 63.000 auf 28.000 Euro. Der Unterschied ist beachtlich. Denn 35.000 Euro zu haben oder nicht zu haben – das kann durchaus darüber entscheiden, ob jemand im Alter mit seiner Rente über die Runden kommt oder nicht.

Damit dürfte noch klarer werden, warum es ein gewaltiger Unterschied ist, ob wir von einer „Niedrigzinsphase“ sprechen oder aber von einem langfristig stetig sinkenden Zinsniveau: Nur zeitweilig niedrige Zinsen mögen zwar ein Ärgernis sein und unsere Renditen etwas schmälern, doch die Idee der kapitalgedeckten Privatvorsorge als solche funktioniert. Der exponentielle Irrtum hingegen hat keine geringere Folge, als dass einem zentralen politischen Ansatz zur Sicherung der Existenzgrundlage vieler Menschen im Alter die Rechengrundlage abhandenkommt. Die private Altersvorsorge wird die Rentenlücke daher oftmals nicht schließen können. Weitaus mehr Menschen als heute werden – selbst wenn sie auf ‚Mutti‘ gehört haben – im Alter arm sein oder sich zumindest mit einem geringeren Lebensstandard begnügen müssen. Ob das nun auch für Sie bedeutet, dass Sie von Altersarmut bedroht sind, oder ‚nur‘, dass es anstelle des Urlaubs auf den Malediven doch nur für Mallorca reichen wird, wissen wir nicht. Was wir aber wissen, ist, dass Ihre private Altersvorsorge für Sie sehr wahrscheinlich zu einer herben Enttäuschung werden wird.

Nun ist schon bedenklich genug, wenn die private Altersvorsorge nicht halten kann, was sie verspricht. Doch die Riester-Rente ist leider nur ein Beispiel für ein grundsätzliches Problem. Was nämlich für die private Altersvorsorge stimmt, das gilt für alle langfristigen Geldanlagen. Und davon sind nicht zuletzt alle möglichen weiteren Arten von Vorsorgesystemen oder Versicherungen betroffen, deren Namen ja nun einmal daher rühren, dass sie unser Leben und unsere Zukunft eigentlich sicherer und planbarer machen sollen. So werden auch die Beiträge zu Betriebsrenten in der Hoffnung auf eine entsprechende Verzinsung am Kapitalmarkt angelegt. Diese für viele Arbeitnehmer

wichtigen Bausteine ihrer Altersvorsorge sind damit ebenfalls gefährdet. Lebensversicherungen werden meist auch als ‚Überlebensversicherung‘ abgeschlossen, um damit für einen späteren Lebensabschnitt zu sparen. Tatsächlich aber bieten die ersten Versicherer bereits Lebensversicherungen ohne jedweden Garantiezins an. Bausparverträge werden künftig kleinere Zuwächse einbringen und Eigenheime in der Folge vielleicht bescheidener ausfallen müssen. Oder denken Sie an die privaten Krankenversicherungen, die ihre Versicherten ausgesprochen teuer zu stehen kommen können: Die Unternehmen legen einen Teil der Versichertenbeiträge an, um mit den Zinserträgen die im Alter steigenden Gesundheitsausgaben abzufedern. Fallen diese Kapitalerträge künftig in immer größerem Umfang weg, bleibt den Versicherungen nichts anderes übrig, als den Verlust entweder durch rapide steigende Beiträge oder aber geringere Leistungen auszugleichen. Und schließlich gerät auch eine der ältesten und zugleich wichtigsten Institutionen zur Verfolgung gemeinnütziger Anliegen in Gefahr. Die Rede ist von den über 20.000 Stiftungen alleine in Deutschland, deren Grundkonzeption gerade darauf basiert, dass sie alleine dank der Erträge des einmal gestifteten Kapitals ihre wohltätigen Ziele verfolgen können.

Von der geringeren Verzinsung sind sogar Vorhaben betroffen, an die man in diesem Zusammenhang zunächst wohl gar nicht denkt. Ein Beispiel hierfür ist die Finanzierung des Atomausstiegs: Auch die Kernkraftwerksbetreiber in Deutschland haben finanzielle Rückstellungen vorgenommen und zwar für den Rückbau ihrer Anlagen. Diese haben sie mit unterstellten Zinssätzen von 4,0 bis 4,7 Prozent auf dem Kapitalmarkt angelegt. Stellt sich die Verzinsung in dieser Höhe jedoch nicht ein, reichen natürlich auch die Rückstellungen nicht. Oder, wie es laut Handelsblatt ein Unternehmensmitarbeiter eines großen Kraftwerksbetreibers unverblümt formulierte: „Wenn wir den Zinssatz halbieren, müssen wir die Rückstellungen verdoppeln. Das wäre für uns der Killer.“⁶

Es gibt noch weitere Beispiele, doch es dürfte deutlich geworden sein: Überall dort, wo langfristig mit einer im Grundsatz konstanten Verzinsung gerechnet wird, sind die Aussichten düster. Den Wohlstand von morgen oder künftige Ausgaben mit Hilfe von exponentiellem Wachstum absichern – diese Rechnung wird aller Wahrscheinlichkeit nach nicht aufgehen.

Bis über beide Ohren

Am 3. September 2009 fand im ZDF eine Sondersendung zur bevorstehenden Bundestagswahl statt. Wie so häufig bei derartigen Formaten konnten die Zuschauer den anwesenden Politikern direkt auf den Zahn fühlen. Anders als mancher Journalist tut dies der Bürger gerne recht unumwunden. So auch in diesem Fall, als einer der Zuschauer eine spannende Rechnung aufmachte: Selbst wenn es dem deutschen Staat gelänge, pro Jahr zehn Milliarden Euro von seinen Schulden zu tilgen, würde es immer noch 150 Jahre dauern, um alle Kredite der Bundesrepublik zurückzuzahlen. Mit einem gewissen süffisanten Unterton in der Stimme ging die Frage an den damaligen hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch, ob er denn tatsächlich glaube, dass man so harte Sparmaßnahmen für eine derart lange Zeit würde durchsetzen können. Die Antwort von Koch war insoweit bemerkenswert, als dass er nicht einfach abwogelte, sondern auch den wesentlichen Grund nannte, weshalb wir dieser Herausforderung trotz ihres gewaltigen Ausmaßes gewachsen seien: „Gott sei Dank ist die Welt nicht linear, wir haben 2,5 Billionen als ein jährlich erarbeitetes Vermögen [...]. Das waren hunderte von Milliarden weniger einige wenige Jahre nur zurück, das heißt, wir haben eine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, die man nicht festschreiben kann auf das Jahr, in dem wir sind.“

Das Zitat verdeutlicht in eindrucksvoller Weise den engen Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum auf der einen Seite und einer für vertretbar gehaltenen Staatsverschuldung auf der anderen. Dank Wachstum ist die Voraussetzung dafür gege-



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

... ein Begriff für politische Bildung

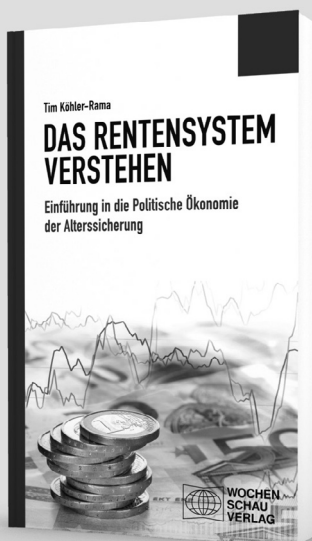
Politisches Sachbuch

Tim Köhler-Rama

Das Rentensystem verstehen

Die staatliche Alterssicherung steht vor großen Herausforderungen. In den nächsten Jahren werden die geburtenstarken Jahrgänge ins Rentenalter eintreten, zugleich zunehmend Menschen, die in ihren Biografien Phasen von Niedrigverdienst und Langzeitarbeitslosigkeit aufweisen. Das Thema Altersarmut wird an Bedeutung zunehmen. Zugleich gerät das „Drei-Säulen-Paradigma“ in der Alterssicherung mehr und mehr unter Legitimationsdruck, weil sich seine Ausgangslage verändert hat. Das Zinsniveau ist seit Jahren niedrig und die private Vorsorge hat an Attraktivität eingebüßt.

Dieses Buch bietet eine systematische Einführung in Grundfragen und Grundbegriffe der Alterssicherung. Es macht die überaus komplexe Thematik durchschaubar und kann dadurch zur Versachlichung der sozialstaatlichen Debatte in diesem Bereich beitragen.



ISBN 978-3-7344-0691-1, 192 S., € 16,90
E-Book ISBN 978-3-7344-0692-8 (PDF),
€ 13,99

Der Autor

Dr. Tim Köhler-Rama ist Dozent für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Berlin.



6. Land der müden Helden

Das endlose Ankämpfen gegen die Krise

Literatur und Filmgeschichte sind voll von Erzählungen über verlorene Kämpfe, in denen die Protagonisten mehr oder weniger absehbar scheitern. Ihr Kampf ist dabei oft umso tragischer, je unvermeidlicher der spätere Fehlschlag ist. Auch der exponentielle Irrtum hat das Potenzial, ein Land voller müder Helden hervorzubringen, die trotz aller auf sich genommenen Mühen tragisch scheitern. Denn mit größter Selbstverständlichkeit und zumeist ohne dass es uns bewusst wäre, haben wir eine Wachstumsdynamik zum Maßstab unserer Erwartungen erhoben, die nur dann eintreten kann, wenn wir uns immer schneller selbst übertreffen – Rekord-Rekord eben. Dieses Ziel klingt nicht nur unrealistisch, das ist es auch. So wenig das Erreichen dieses vermeintlichen Normalzustandes in der Vergangenheit möglich war, so wenig tritt er heute ein und so gering sind die Chancen, dass sich dies nach mehr als einem halben Jahrhundert schlagartig ändern wird.

Unglücklicherweise sind wir aber, wie wir im letzten Kapitel sehen konnten, auf den Eintritt genau dieses unwahrscheinlichen Normalzustands angewiesen. Egal ob es darum geht, Altersarmut zu vermeiden, Staatverschuldung abzubauen, wachsende Ungleichverteilung zu bekämpfen oder den Sozialstaat zu finanzieren – ohne exponentielles Wirtschaftswachstum wird es sehr schwer werden, diese Ziele zu erreichen. Um eine Zwangsläufigkeit handelt es sich dabei allerdings nicht. Zumeist waren wir es selbst, die diese Abhängigkeiten geschaffen und unsere Systeme so ausgestaltet haben, dass ihre Funktionstüchtigkeit die Existenz eines ‚wachsenden Wachstums‘ voraussetzt.¹ Im Umkehrschluss bedeutet das leider auch, dass wir uns unser Scheitern nicht einbilden. Vielmehr haben die wiederkehrenden Krisenmeldungen und unzähligen Ruck-Reden durchaus ihre Berechtigung. Denn infolge der selbst verursachten Abhängig-

keit von einer exponentiellen Entwicklung führt das Nichterreichen unserer unrealistischen Wachstumsziele zu vielen ausgesprochen realen Problemen. Vielleicht könnte man dies als die eigentliche Tragödie des exponentiellen Irrtums bezeichnen: Wir fahren ständig neue Rekorde ein und haben dabei dennoch den Eindruck, zu scheitern. Und da wir aufgrund einer falschen Vorstellung davon, was der eigentliche ökonomische Normalfall ist, nicht nur die Messlatte für unseren Erfolg viel zu hoch gelegt haben, sondern uns überdies an vielen Stellen davon abhängig gemacht haben, diese Latte auch zu überspringen, scheitern wir tatsächlich. Dieses Scheitern bestätigt uns schließlich immer wieder neu in unserer Fehlannahme, nämlich unserer Einschätzung, dass wir eigentlich viel mehr hätten erreichen müssen.

Der exponentielle Irrtum beeinflusst damit nachgelagert auch, welche Konsequenzen wir aus unserem wiederholten Scheitern ziehen. Anstatt unsere Grundannahmen zu hinterfragen, überlegen wir nur umso intensiver, wie wir doch noch bessere Voraussetzungen für Wachstum schaffen können und was wir umgekehrt unbedingt unterlassen müssen, um die Bedingungen dafür nicht ‚weiter‘ zu verschlechtern. Damit befinden wir uns in einer in sich geschlossenen Logik, die verhindert, dass unsere Fehlannahmen für uns als solche offen zutage treten. Oder anders herum gedacht: In einer Welt, in der exponentielles Wachstum der Normalfall ist, wären viele unserer Schlussfolgerungen nachvollziehbar und vernünftig. Doch wir leben nun einmal in einer Welt, in der lineares Wachstum der Normalfall ist. Und in dieser Welt sind dieselben Schlussfolgerungen dann leider völlig falsch.

Die Logik der besseren Alternative

Wir haben an mehreren Stellen in diesem Buch von Wirtschaftswachstum als dem „Joker“ der Politik gesprochen, weil der Weg, Probleme über Wachstum zu lösen, zugleich der Weg des geringsten Widerstandes ist. „Eine kräftig wachsende Wirt-

schaft löst vielleicht nicht alle Probleme, aber sie lässt fast alles als lösbar erscheinen“.² Mit Wachstum wird das ansonsten Unmögliche möglich. Wir können beispielsweise gleichzeitig die Steuern senken, keine weiteren Schulden machen und dennoch fließt mehr Geld in die öffentlichen Kassen. Wachstum erlaubt es, neue Vorhaben umzusetzen, ohne dafür an anderer Stelle Einschnitte machen und die damit einhergehenden Konflikte austragen zu müssen. Damit erschließt Wachstum politische Handlungsspielräume, ohne diese mühsam erkämpfen zu müssen und ohne potenzielle Wähler zu verprellen. Kurz gesagt: Wachstum sichert politische Macht.

Doch gerade weil dank des Jokers „Wachstum“ Probleme dadurch gelöst werden sollen, dass es einfach mehr gibt, kommt der Einschätzung, wie viel von diesem „Mehr“ es geben wird, mit wie viel Wachstum man also vernünftigerweise rechnen darf, eine immense Bedeutung zu. Wenn es denkbar ist, die hohen Wachstumsraten der Vergangenheit wieder zu erreichen, bleibt eine entschlossene Wachstumsstrategie eine realistische Option zur Lösung vieler der größten Herausforderungen unserer Zeit. Am Beispiel einiger Reaktionen auf das im letzten Kapitel erwähnte Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ war dies gut zu sehen: Kritiker warfen dem Autor Thomas Piketty unter anderem vor, einseitig und unter Gefährdung der wirtschaftlichen Stabilität und des Wohlstands auf mehr Umverteilung zu setzen. Und das, wo es doch einen viel besseren Weg gäbe, nämlich den, höheres Wachstum zu ermöglichen.³ Hier zeigt sich die nahezu unbegrenzte argumentative Macht des Jokers „Wachstum“: Wachstum ist nicht einfach eine von mehreren denkbaren Optionen, sondern Wachstum ist die Option schlechthin, ist immer der bequemere Weg, ist immer die bessere Alternative zu einschneidenden Veränderungen mit ungewissen Auswirkungen. Der Verweis auf Wachstum eignet sich damit zugleich dazu, praktisch jedes andere politische Konzept, das Probleme nicht explizit durch mehr Wachstum zu lösen versucht, ins Leere laufen zu lassen.

Innerhalb dieser Logik, in der es denkbar ist, wieder dauerhaft höhere Wachstumsraten zu erreichen, müssen andere Konzepte somit immer als die schlechtere Alternative erscheinen. Denn wenn es denkbar ist, ein bestimmtes Problem nahezu frei von politischen Nebenwirkungen zu lösen, ist es natürlich logisch, genau diesen Weg zu gehen und keinen anderen. Eine der grundlegenden Folgen des exponentiellen Irrtums ist es daher, dass Probleme nicht direkt angegangen werden, sondern man sie über den Umweg Wachstum zu lösen versucht. Wir bekämpfen Armut also nicht direkt durch eine andere Verteilung von Einkommen und Vermögen, sondern schaffen zunächst bessere Bedingungen für Wachstum, welches es dann wiederum erlauben soll, dass auch die Geringverdiener ohne nennenswertes Vermögen mehr Geld in der Tasche haben. So gedacht mag es folgerichtig erscheinen, die ohnehin davoneilenden Vermögens-einkommen auch noch geringer zu besteuern als die hinterherhinkenden Arbeitseinkommen,⁴ kann dies doch Investitionen begünstigen und damit das Wachstum ankurbeln. Was sich am Beispiel der Diskussion um die Vorschläge von Piketty so klar zeigen lässt, gilt auch für andere Politikbereiche. Egal, ob es um die Sanierung des Sozialstaats, die Eindämmung der Staatsverschuldung oder die Finanzierung von Umweltschutzmaßnahmen geht, häufig wird die Prämisse ausgegeben, dass wir das jeweilige Ziel nur dann mit Aussicht auf nachhaltigen Erfolg erreichen können, wenn wir zuvor höheres Wachstum schaffen. Andere Vorhaben müssen hinter diesem Primärziel daher – zunächst – zurückstehen. Bundeskanzlerin Merkel formulierte dies wie folgt: „Ohne Wachstum keine Investitionen, ohne Wachstum keine Arbeitsplätze, ohne Wachstum kein Geld für die Bildung, ohne Wachstum keine Hilfe für die Schwachen.“⁵ Wirtschaftsminister Altmaier brachte es noch kürzer auf den Punkt: „Ohne Wachstum gibt es keine erfolgreiche Politik“.⁶

Eine solche Prioritätensetzung lässt sich beispielsweise an den Koalitionsverträgen der vergangenen beiden Bundesregierungen belegen. Das Wort „Wachstum“ stand hier jeweils vor al-

len anderen programmatischen Hauptzielen, die erst im Anschluss folgten. 2009 hieß gleich der ganze Koalitionsvertrag „Wachstum. Bildung. Zusammenhalt“. Im Jahr 2014 – wohlge-merkt nachdem sich der Bundestag fast vier Jahre lang in einer Enquetekommission kritisch mit der Wachstumsausrichtung unserer Gesellschaft auseinandergesetzt hatte – war das erste Kapitel des Koalitionsvertrages überschrieben mit „Wachstum, Innovation und Wohlstand“.⁷ Erst schaffen wir Wachstum, dann auch alles andere! Diese Logik ist deshalb so frappierend, weil das Zurücktreten eines politischen Vorhabens hinter dem Wachstumsziel als in dessen eigenem Interesse stehend interpretiert wird: Gerade weil uns bestimmte soziale oder ökologische Ziele so wichtig sind, dürfen wir sie nicht dadurch gefährden, dass wir sie im Bestreben auf den schnellen Erfolg direkt verfolgen. Vielmehr gilt es zunächst, die Voraussetzung dafür zu schaffen, sie auch wirklich nachhaltig erreichen zu können. Und diese Voraussetzung ist nun einmal höheres Wachstum.

Zwar kann man diese Prioritätensetzung – erst Wachstum, dann der Rest – schon deshalb nicht verallgemeinern, weil es natürlich auch Politikbereiche fernab der Wirtschaftspolitik gibt. Doch selbst bei solchen Vorhaben, die die Politik bereits allein aufgrund ihrer Inhalte nicht über den Umweg Wachstum, sondern direkt anzugehen versucht, gibt es eine Konstellation, welche die Mehrheitsfindung erheblich vereinfacht. Dies ist dann der Fall, wenn davon ausgegangen werden darf, dass mit dem jeweiligen Vorhaben gleichzeitig die Wachstumsbedingungen verbessert werden können. Dementsprechend ist eine Tendenz erkennbar, politische Ziele, die zunächst einmal überhaupt nichts mit Wirtschaftspolitik zu tun haben, mit dem Verweis auf ihre unterstellt positive Wachstumswirkung aufzuwerten. Dann wird betont: Bildung schafft Wachstum!⁸ Oder: Kinder schaffen Wachstum!⁹ Oder: Gleichberechtigung schafft Wachstum!¹⁰ Oder: Forschung schafft Wachstum!¹¹ Oder: Klimaschutz schafft Wachstum!¹² Die Liste ließe sich fortsetzen, doch die Beispiele zeigen bereits, wie die unterstellte Wachstumswir-

kung zum Steigbügelhalter wird, um bestimmten Vorhaben zusätzliche Legitimität zu verschaffen.

Die Logik der Reformgesellschaft

Die zweite aus dem exponentiellen Irrtum resultierende Schlussfolgerung ist: Es reicht niemals, was wir tun. Denn all unseren Bemühungen zum Trotz zeigt der Erfolgsindikator „Wachstumsrate“ nicht nur nicht nach oben, sondern im Gegenteil tendenziell immer weiter nach unten. Geht man aber davon aus, dass exponentielles Wachstum normalerweise möglich wäre, ist es nur logisch, festzustellen: Das, was wir bisher getan haben, mag zwar gut gewesen sein, aber es hat nicht gereicht. Wir müssen mehr tun. Und mehr tun heißt zumeist: Mehr Reformen.

Dieser Zusammenhang zwischen Reformen und Wachstum schwingt in allen Ruck-Reden mit, ist aber selten so prägnant formuliert worden wie einst in dem Sammelband „Mehr Wachstum für Deutschland. Die Reformagenda“ der Ökonomen Norbert Walter und Klaus Günter Deusch: „Eine ‚Reform‘ soll hier definiert werden als jede Maßnahme, die das Wirtschaftswachstum erhöht. ‚Reformstau‘ wird diagnostiziert, wenn solche Maßnahmen nicht oder nur sehr langsam vorankommen.“¹³ Wachstum ist bei diesem Reformverständnis nicht nur das Primärziel, hinter dem andere politische Vorhaben unter Umständen zurückstehen müssen, sondern wird gleich zum alleinigen Zweck jedweder Reformbemühungen erhoben. Eine Reform ist, was Wachstum schafft, und nur, was Wachstum schafft, ist eine Reform.

In ihrer Eindimensionalität mag diese Aussage herausstechen und doch veranschaulicht sie eine weitverbreitete Grundhaltung, insbesondere bei wirtschaftsnahen Interessenvertretungen. So weist das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) seit 2002 mittels eines „Reformbarometers“ aus, „wie es um den Reformwillen“ im Land bestellt ist. Steigende Werte „zeigen eine Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung an“, fallende Werte das Gegen-

Die Autoren

Dr. Kay Bourcarde

leitet das Referat für Beschäftigungspolitik, Fachkräftesicherung und Arbeitsmigration im Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie in Rheinland-Pfalz.



Dr. Karsten Herzmann

ist derzeit Vertreter des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Geschichte des europäischen öffentlichen Rechts und Verwaltungswissenschaften an der Universität Osnabrück.



Die Autoren leiten ehrenamtlich das Institut für Wachstumsstudien, das sie gemeinsam mit anderen jungen Wissenschaftlern im Jahr 2003 in Gießen gegründet haben.